Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Abstellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 33mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 542. Halle, Montag, den 18. November. 1918.

Die Franzosen in Elsaß-Lothringen.

Die deutsche Industrie in Oberschlesien wehrt sich. — Die bevorstehenden Friedensverhandlungen.

Die Heimsendung der Gefangenen.

Basel, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Basler Nachrichten" melden: Nach einer Pariser Havasnote werden vom Pariser Oberkommando bereits Vorbereitungen getroffen, um in kürzester Frist die Heimsendung der Kriegsgefangenen in den Ländern der Mittelmächte zu regeln. Die zu treffenden Maßnahmen gelten für über 400 000 Soldaten, die sich meist in Deutschland befinden. Die französische Regierung ersuchte die Schweizer Regierung um die Bewilligung der Durchfahrt der Gefangenenzüge. Ein Teil der Züge wird auch über Holland geleitet.

Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden.

Basel, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Basler Nachrichten" melden: Havas berichtet aus Paris: Die Verhandlungen über den Präliminarfrieden finden endgültig von der zweiten Dezemberwoche ab statt. Die amerikanische Abordnung wird in gleicher Anzahl vertreten sein, wie die Delegationen der übrigen Großmächte. Voraussichtlich werden ihr auch einige Vertreter der großen Arbeiterverbände angehören in Anbetracht der zu behandelnden allgemeinen Arbeiterprobleme.

Vor der Uebergabe von Straßburg.

Straßburg, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Unter Vorsitz des Bürgermeisters Petrotes fand am Sonnabend in Straßburg eine außerordentliche Tagung der Behörden und des Soldatenrates statt, wobei Fragen zur Sprache kamen, die die öffentliche Sicherheit in der Stadt betreffen. Der Bürgermeister wies auf den ernsten Ernst dieser Zusammenkunft hin, die den Zweck haben soll, die Stadt ordnungsmäßig den französischen Truppen zu übergeben. Bis zur Uebergabe besorgen Mannschaften der bayerischen 17. Reservedivision den Schutz der Stadt. Die Garnison von Hagenau hat gestern den Ort verlassen.

Die Armee Marwitz in Trier.

r. Köln, 18. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Trier: General von der Marwitz machte bekannt, daß er an der Spitze der 5. Armee hier eingetroffen sei. Hinter ihm folgten mehrere hunderttausend Mann braver Soldaten, die bisher tapfer dem Feinde Widerstand geboten hätten und jetzt über den Rhein zurückgeführt würden. Er verlange bedingungslose Befolgung seiner Befehle und Anordnungen.

Reicher Flaggenschmuck in rheinischen Städten.

r. Köln, 18. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prangen die rheinischen Städte in reichem Flaggenschmuck. Die Krieger rücken in immer stärkeren Kolonnen heran. Die Durchführung der Verwaltungsmaßnahmen ist in vollem Gange. In Köln werden außer anderen Räumen 109 Schulen zur Unterkunft der Truppen in Anspruch genommen.

Französischer Chauvinismus.

Genf, 18. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Zur Behauptung des „Matin", daß Deutschland Frankreich 340 Milliarden schulde, bemerkt der „Populaire", dieses Organ habe mit der Kampagne begonnen, das deutsche Volk völlig zu vernichten. Man müsse sich fragen, ob man sich über diesen chauvinistischen Banditismus entrüsten oder über diese monumentale Dummheit die Achseln zucken solle.

Was geht in Mülhausen vor?

Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung.

Zürich, 18. Novbr. (Eig. Drahtnachricht.) „Echo de Paris" meldet, ein deutsches Luftschiff habe in die französischen Linien eine Botschaft des Bürgermeisters von Mülhausen überbracht, in der die Entsendung eines französischen Regiments verlangt wird, um die Deutschen gegen selbstliche Kundgebungen von seiten der Bevölkerung zu schützen.

Entlassung aller polnischen Arbeiter in Oberschlesien.

Breslau, 18. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die in der oberschlesischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Beamten polnischer Nationalität, also nicht Deutsch-Polen, sollten sobald als möglich in Extrazügen nach Polen abgeschoben werden. Wie dazu mitgeteilt wird, bilden sie eine schwere Gefahr für das Land, da sie für die Anschließung Oberschlesiens an Polen wirkten und vielfach mit den Kriegsgefangenen auch gemeinsame Sache machten. Die Industrieverwaltungen sämtlicher oberschlesischer Werke sind daher übereingekommen, alle polnischen Arbeiter unverzüglich zu entlassen, den Beamten das volle Gehalt für November auszuzahlen und sie sofort über die Grenze nach Polen abschieben zu lassen. Diese Maßnahme wurde, wie berichtet wird, zum großen Teile bereits durchgeführt.

Wilsons Begleitung zur Friedenskonferenz.

Zürich, 18. Novbr. (Eig. Drahtnachricht.) Londoner Blätter melden, mit Wilson werde Staatssekretär Lansing und die Senatoren Lodge, Root, Justice und Brandeis zur Friedenskonferenz eintreffen.

Adlers Nachfolger.

Bauer als Außenminister.

Wien, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, wurde Dr. Otto Bauer zum Leiter des deutsch-österreichischen Auswärtigen Amtes ernannt.

Engländer marschieren nach Kiew.

Basel, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Basler Nachrichten" melden: In Kiew werden, wie die ukrainischen Büros mitteilen, große Vorbereitungen zum feierlichen Empfang der Engländer getroffen, die von Odessa auf dem Marsche nach Kiew begriffen sind.

Tschechischer Vormarsch.

Wien, 18. Nov. (Priv.-Tel.) Aus Budapest wird gemeldet: In den nordöstlichen Gebieten Ungarns setzen die Tschechen ihren Vormarsch fort. Die Städte Trentschin, Silein, Neusohl und andere sind in ihrem Besitz. Im Südosten haben rumänische Truppen unter der Angabe, Ordnung zu schaffen, die aber nicht gestört war, Ortschaften in Besitz genommen. Karolyi hat gegen dieses das internationale Recht und den Belgrader Waffenstillstand verletzende Vorgehen energisch protestiert. Die ungarische Regierung beharrt in der Nationalitätenfrage auf dem Standpunkt, daß über die Zugehörigkeit der Landkreise nur die Friedenskonferenz bezw. eine regelrecht durchgeführte Volksabstimmung entscheiden kann. Nach vorliegenden Meldungen hat der amerikanische Gesandte Boyiera in Bukarest den Protest der Vereinigten Staaten gegen das Eindringen regulärer rumänischer Truppen in Ungarn bei der Bukarester Regierung angemeldet.

Kapitulation in Ostafrika.

Amsterdam, 17. November. (Reuter.) Die deutsche Streitmacht unter General von Lettow-Vorbeck hat sich am Morgen des 14. November am Sambesifluß südlich von Kasema (Nord-Rhodesia) ergeben.

Zur Kapitulation Lettows-Vorbeck heißt es im „Lok.-Anz.": General von Lettow-Vorbeck gehört in allererster Reihe zu unseren Helden, die unbesiegt von der gewaltigen Uebermacht der feindlichen Truppen aus diesem Kriege hervorgehen. Ehre und Dank auch allen Mitstreitern, die ihm in mehr als vierjährigem Kriege bis zum letzten Tage die Treue bewahrt haben.

Verhandlungsbeginn Ende November.

Berlin, 18. November. Dem „Vorwärts" zufolge wird der Beginn der Verhandlungen über den Präliminar-Frieden in kürzester Zeit, jedoch kaum vor Ende dieses Monats, erfolgen. Sie werden in Paris oder Versailles geführt werden und sollen bis Ende Januar beendet sein. Darnach wird die Beratung des eigentlichen Friedensvertrages beginnen. Dazu wird ein Apparat von vielen Hundert Delegierten ausgeboten werden. Eine ganze Anzahl von Spezialkommissionen muß gebildet werden, die im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz tagen sollen.

Die ersten Entente-Truppen in Metz.

WTB. Metz, 18. November. Im Laufe des gestrigen Nachmittages sind die ersten Vortruppen der Alliierten, Franzosen, Engländer und Amerikaner in Autos, sowie in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Das werdende Deutschland.

Von

Professor Dr. phil., Dr. jur. Joerges-Halle.

Der Zusammenbruch Deutschlands erfüllt jeden Volksgenossen mit unsagbar tiefem Schmerz. Aber am Vaterlande würde sich jeder vergehen, der jetzt verzweifelnd abseits stehen wollte. Jeder hat die heilige Pflicht, an dem Wiederaufbau durch Einsetzung seiner ganzen Kraft mitzuarbeiten. Der Niederbruch unseres Landes ist zweifellos in sehr hohem Grade durch unsere inneren Zustände und Streitigkeiten um die Organisation der Staatsgewalt und um die wirtschaftliche Ordnung (individualistisch oder sozialistisch) herbeigeführt worden. Sich in die hier waltenden Gesetze menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens einen Einblick zu verschaffen, heißt den Boden bereiten, auf dem eine Neuordnung und Wiedergeburt unseres daniederliegenden Vaterlandes sicher und stetig sich wohl stehen kann und sich vollziehen wird.

Alles völkische und staatliche Leben bedarf einer Macht. Jede bestehende Macht gründet sich entweder auf die Furcht vor der Gewalt, die diese Macht anwenden kann und anwendet, oder auf die Achtung vor der Macht wegen der in ihr enthaltenen Werthaftigkeit. Eine auf Furcht gegründete Macht ist immer nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen und wird in aller Zukunft immer nur vorübergehend eine Unterordnung unter sie herbeiführen. Eine jede Unterordnung hat auf die Dauer nur Bestand, wenn sie in der Achtung vor der Werthaftigkeit der Macht ihre Quelle hat.

Unsere früheren politischen Führer und auch die bürgerlichen Parteien in der großen Mehrzahl ihrer Anhänger hatten längst bemerken müssen, daß die großen Massen des Volkes sich schon seit Jahren nur noch aus Furcht vor der durch die früher bestehende Macht möglichen Gewaltanwendung unterordneten, aber nicht aus Achtung vor ihrer Werthaftigkeit. Hätten sie in den Seelen der Menschen und in dem Buche der Geschichte zu lesen verstanden, so wären sie sich des großen weltgeschichtlichen Entwicklungsgesetzes bewußt geworden, daß alle Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnisse sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung in Verhältnisse der Ueber- und Unterordnung mit unausweichlicher Notwendigkeit umwandeln. Hätte dieses Gesetz Beachtung gefunden, dann wäre schon lange vor dem Kriege der deutsche Obrigkeitsstaat auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu einem deutschen Volksstaat entwickelt worden. Und wäre der deutsche Volksstaat schon früher entstanden, so hätte auch zweifellos eine organische Fortentwicklung der individualistischen zu der sozialistischen Wirtschaftsordnung stattgefunden. Dann hätte sich die Unterordnung aus Furcht vor der Gewalt der Macht für die überwiegende Masse in die Unterordnung aus Achtung vor der Werthaftigkeit der Macht umgebildet. Deutschland ist nicht militärisch besiegt, sondern es ist unterlegen infolge der vollständigen und unbeschreiblichen Unfähigkeit der früheren Machthaber, und ferner, wir wollen es eingestehen, durch die unsagbare politische Angebildetheit unseres Bürgertums.

Aber auch die derzeitigen Machthaber dürfen in keiner Weise dieses Naturgesetz der Unterordnung außer acht lassen, wenn Deutschland möglichst schnell gesunden und sich wieder aufrichten soll. Die Werthaftigkeit ihrer Macht beruht zurzeit in der Hauptsache auf der Aufrechterhaltung der Ordnung und dem Schutz von Leben und Eigentum der Volksgenossen. Jeder Deutsche, welche politischen und wirtschaftlichen Anschauungen er auch immer haben möge, wird die Arbeiter- und Soldatenräte und die gegenwärtige Regierung auf das nachdrücklichste unterstützen, wenn sie durch ihre Macht Ordnung im Sinne der gesamten Volksgenossen schaffen. Eine solche Ordnung schaffende Macht ist, wie Schiller sagt, die segensreiche Himmelstochter; ihr eignet unbedingt Werthaftigkeit. Der „Vorwärts" selbst erkennt dies auch in einem Leitartikel vom 14. 11. an, indem er als allgemeingültigen Satz auf Grund des Erfurter Programmes hinstellt, daß keine Regierung im Amte bleiben darf, die nicht vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen ist.

Das Vertrauen eines ganzen Volkes im Sinne der Gesamtheit der Volksgenossen gewinnen indessen nur solche Machthaber, die erkennen, daß die Vorstellungen über Recht und Gerechtigkeit aus dem Fühlen und Wollen der Menschen entstehen. Fühlen und Wollen der Menschen und Völker ist von Ort, Zeit und historischer Entwicklung abhängig. Alles dies ist aber bei den einzelnen Völkern grundverschieden. Ein allgemeingültiges Recht und eine allgemeingültige Gerechtigkeit kann es daher nimmer geben. Die Wirklichkeit zeigt immer nur Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen: deutsche, französische, englische, amerikanische usw. Es ist ein überaus großer Fehler unserer Sozialisten, bei unseren Feinden dieselben Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen voraus zu setzen, die sie selbst haben. Wie die Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen der einzelnen Völker naturnotwendig verschieden sind, so sind es auch die der einzelnen Schichten eines Volkes. Das echte Recht und die wahre Gerechtigkeit besteht daher in der vernünftigen Ausgleichung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181118024/fragment/page=0001

der verschiedenen Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen. Es ist demgemäß die allerwichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Machthaber, die Möglichkeit zu schaffen, daß die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Auffassungen auf eine mittlere Linie vereinigt werden. So und nur so wird der ewig gültige Ausspruch des Aristoteles, daß das Gerechte in der Mitte liegt, in die Wirklichkeit umgesetzt.

Allerdings, es ist geschichtliche Tatsache, daß bis jetzt jede Menschenmasse und Menschengruppe und so auch die Völker und die Staaten es für ihre heilige Pflicht gehalten haben, ihre eigenen Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen, die sie für die allein richtigen halten, auf dem Wege der Gewaltanwendung durchzusetzen. Die Gebundenheit der Menschen und Völker an diese Vorstellung — zur gewaltsamen Durchsetzung eigener Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen verpflichtet zu sein, hat schon unendliches Leid über die Menschheit gebracht. Die Einsicht in die naturgegebenen Verschiedenheiten der Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen erzieht zur Duldsamkeit gegenüber andersartigen Ueberzeugungen.

Aller Kulturfortschritt vollzieht sich durch Loslösung aus Gebundenheiten. Und die Loslösung aus der Gebundenheit an den Glauben, zur gewaltsamen Verwirklichung eigener Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen verpflichtet zu sein, ist der große Kulturfortschritt, der die Menschheit dem ewigen Frieden näher bringt.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte spricht in seinem Aufruf an die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas die bedeutungsvollen Worte aus: „Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein." Das ist also die Loslösung aus der Gebundenheit an die Vorstellung der gewaltsamen Durchsetzung eigener Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen. Wenn diese Worte nicht bloße Phrasen bleiben, sondern glückverheißende Wirklichkeit werden sollen, dann müssen die derzeitigen Machthaber auch die bürgerlichen Auffassungen von Recht und Gerechtigkeit in ihrer Berechtigung anerkennen. Das Gebot der Stunde ist es, eine vernünftige Ausgleichung der verschiedenen Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen, die im deutschen Volke herrschen, herbeizuführen. Diese vernünftige Ausgleichung scheint mir durch folgende zwei Grundanschauungen gegeben zu sein:

1. Aufbau eines deutschen Volksstaates auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die Beseitigung des Obrigkeitsstaates muß von jedem Deutschen als endgültig angesehen werden. Jeder, ja auch der leiseste Gedanke an seine Wiederaufrichtung muß ausgegeben werden.

2. Organische Fortbildung der individualistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung ohne jeden Hintergedanken an eine irgendwie geartete Beibehaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Vereinigen wir Deutsche uns auf diese beiden Grundanschauungen, dann sind wir den vier großen an gewiesenen Gesetzen:

1. dem psychologischen Gesetz der Unterordnung unter eine Macht aus Achtung vor ihrer Wirksamkeit,

2. dem weltgeschichtlichen Gesetz der Entwicklung der Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnisse in Verhältnisse der Ueber- und Unterordnung,

3. dem Gesetz von der Verschiedenheit der Rechts- und Gerechtigkeitsauffassungen und ihrer vernünftigen Ausgleichung;

4. dem Gesetz von der Gebundenheit an die Vorstellung der gewaltsamen Durchsetzung eigener Rechts- und Gerechtigkeitsauffassung und das von der Loslösung aus dieser Gebundenheit.

Wenn wir alle so handeln, dann verwirklichen wir zum Segen unsers über alles geliebten Vaterlandes das Dichterwort:

Aus der Kräfte schön vereintem Streben
entspringt erst das wahre Leben.

Dann wird auch die finstere, sternenlose Mitternacht, die uns heute umfängt, weichen, und der Tag der Sonne wird in absehbarer Zeit wieder über Deutschland und sein Volk aufgehen.

Milderung der feindlichen Bedingungen.

Der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen Bericht über die Verhandlungen zwischen der deutschen Waffenstillstandskommission und Marschall Foch. Man darf annehmen, daß die Tatsachen, die er hier mitteilt, auf Mitteilungen des Abgeordneten Erzberger zurückzuführen sind. Sie gewinnen unter diesen Umständen eine besondere Bedeutung.

Die deutsche Kommission nimmt für sich in Anspruch, daß ihr in vielen Punkten eine weitgehende Milderung der gegnerischen Vorschläge gelungen ist, so vor allem in der elsaß-lothringischen Frage. Die jetzt durchgesetzte Fassung, daß die Reichslande nicht als von Deutschen besetztes Gebiet bezeichnet wurden. Die Anwendung der Wilsonschen Grundsätze auf Elsaß-Lothringen ist dadurch völlig gewahrt. Es ist ferner erreicht, daß Verwaltungsgesetzgebung und Rechtsprechung im linksrheinischen Gebiete unverändert deutsch bleiben. Ferner wurde das Zugeständnis erzielt, daß die Zurückziehung der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung des Waffenstillstands sein soll. Ganz neu ist erklärt, die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen; es wird ihnen ehrenvoller Abzug gestattet. Sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe, auf denen sie heimbefördert werden können, in Sansibar von der Entente verpflegt. Die Kommission hat außerdem durchgesetzt, daß es Deutschland vorbehalten bleibt, seine Kriegsschäden anzumelden.

Mahnruf an die Landwirtschaft.

Berlin, 17. November. Die Lieferungen an Lebensmitteln, die durch die bestehenden Vorschriften zur Sicherung der Volksernährung auferlegt sind, müssen noch mehr als bisher regelmäßig und in voller Höhe erfüllt werden. Nur das schützt das deutsche Volk vor noch größerer Not, und die Landwirtschaftlich: Bevölkerung vor der Gefahr, daß ihr rechtswidrig mehr genommen wird, als sie jetzt pflichtgemäß zu Ablieferung zu bringen hat. Wenn die heimkehrenden Truppen und die städtische Bevölkerung darben, weil die Vorräte von den Landwirten zurückgehalten werden, so besteht die Gefahr, daß ihnen mit Gewalt mehr genommen wird, als sie zu liefern verpflichtet sind.

Landwirte erfüllt deshalb Eure Pflicht!

Alle Organisationen der Landwirte und alle landwirtschaftlichen Behörden werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.
gez. Wurm.
Das Preußische Landwirtschaftsministerium.
gez. Braun. Hofer.

Die Gerichtsurteile sind unantastbar.

Berlin, 16. November. Im Anschluß an die Verfügung der preußischen Regierung vom 14. d. M. über die Zuständigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines Arbeiter- und Soldatenrates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Berlin, den 16. November 1918.

Die preußische Regierung.
gez. Hirsch. Ströbel. Braun. Eugen Ernst.
Adolph Hoffmann. Dr. Rosenfeld.

Die Forderungen der Angestellten Groß-Berlins.

Berlin, 17. November.

Entschließung.

Die heute zu vielen Tausenden im Zirkus Busch versammelten Angestellten Groß-Berlins begrüßen die befreiende deutsche Revolution!

Die Versammlung beauftragt die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände, folgende dringlichste Forderungen ungesäumt zur Durchsetzung zu bringen.

I. Für die Uebergangszeit
von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.

Recht auf Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.
Arbeitsbeschaffung.
Oeffentlich rechtliche Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage.
Reichsgesetzliche Arbeitslosenunterstützung.
Schutz vor Gehaltskürzungen und Massenentlassungen.

II. Für die kommende Friedenszeit.

Schutz und Ausbau des Koalitionsrechts und der persönlichen Rechte der Angestellten (Verbot der Konkurrenzklauseln, Erfindungsklauseln usw.).

Bestrafung von geheimen Abkommen der Arbeitgeber und wucherischen Arbeitsverträgen.

Siebenstündiger Höchstarbeitstag. Vollständige Sonntagsruhe. 7-Uhr-Ladenschluß. Freier Wochenabschluß.

Scheidemann über die Aufgabe der Nationalversammlung.

Ueber die Wahlen zur Nationalversammlung schreibt Scheidemann im „Vorwärts": „Die vernünftigen Elemente des Bürgertums haben sich in überwiegender Mehrzahl auf den Boden der Tatsachen gestellt und haben selbst nach parteipolitischen Formen, um es zu festigen und zu erhalten. Man geht sehr in der Annahme, die Nationalversammlung habe zum größten Teil die Aufgabe, eine Art amtlichen Siegel unter die neuen Verhältnisse zu drücken. Die Nationalversammlung wird die nicht geringere Aufgabe haben, innerhalb des Neugeschaffenen Grundrisse des Neuen auszubauen, auszugestalten und scharfzustellen. Sie muß die neue deutsche Republik nach außen hin verhandlungsfähig, und noch innen, nach der wirtschaftlichen Seite hin, geschäftsfähig machen. Es ist zu hoffen, daß schon die allernächsten Wochen den Positionsfrieden bringen werden, der ebenso wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgültigen Frieden aber, der zugleich die neue Regelung unserer geschäftlichen Beziehungen zu unseren bisherigen Gegnern und unsere Wiedereinreihung im Weltverkehr und Welthandel, also konsolidierte Verhältnisse bringen soll, wird die Entente nur mit einem konsolidierten Deutschland abschließen."

Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Berlin, 16. November. (Amtlich.) Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer u. a. das Folgende:

Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.

Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten.

Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatlichen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Berlin, den 15. November 1918.

Dieser Vertrag veröffentlichen wir mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, seine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das Gleiche empfohlen.

Berlin, den 15. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Haase.

Deutsches Oberkommando zum Schutz des Ostens.

Aus Ostgermanien, die der Regierung aus der Provinz Posen zugegangen sind, geht, wie wir erfahren, hervor, daß die polnische Bevölkerung auffällig und die deutsche Bevölkerung in großer Besorgnis ist. Es haben sich teilweise Soldatenräte gebildet, die deutsch, und Arbeiterräte, die polnisch sind. Verständigungsversuche sind im Gange. Im Falle eines Einmarsches polnischer Truppen wäre es kaum möglich, im Wege des Kommandogewalt, nennenswerte Truppenmassen dorthin zu werfen. Es bestände jedoch kein Zweifel, daß sich im Falle eines Aufrufes zur Verteidigung des bedrohten deutschen Gebietes genügend Soldaten freiwillig zur Verfügung stellen würden. Zweifellos besteht bei den Polen die Absicht, sich noch vor Friedensschluß in den Besitz der beanspruchten deutschen Gebiete zu setzen. Der Schutz des Landes liegt dem Kriegsministerium ob, welches gestern mitteilte, daß ein Oberkommando zum Schutze des Ostens errichtet worden sei.

Provinzial-Nachrichten

? **Merseburg,** 16. Nov. (Die Landwirtschaftliche Winterschule) eröffnete heute mit 46 Schülern, darunter mehrere aus der Stadt Halle, ihren 48. Lehrgang. Es ist nur eine Unterklasse eingerichtet.

Köthen, 17. Nov. (Eine Trauerfahne auf dem Rathaus.) Die rote Fahne, die unlängst auf dem Rathausturm gehißt wurde, ist in einer der letzten Nächte von noch nicht ermittelter Seite eingezogen und durch eine schwarze ersetzt worden.

Heiligenstadt, 17. Nov. (Großes Aufsehen) erregt hier die durch den Arbeiter- und Soldatenrat erfolgte Festnahme des bisherigen Leiters des „Kreis-Einkauf", Kaufmann Herfurth. Er ist erheblicher Schiebungen und Abgabe rationierter Lebensmittel an Private beschuldigt. Die Untersuchung hat den Verdacht bestätigt. Auch eine Reihe von Beamten und Privatpersonen, die in die Angelegenheit verwickelt sind, haben Strafanzeige zu gewärtigen.

Erfurt, 15. Novbr. (Massenquartierung.) Die Bevölkerung Thüringens darf sich auf sehr umfangreiche Einquartierungen einrichten. Bedeutende Truppenverbände müssen sofort zurückgezogen und zunächst für einige Wochen im Land untergebracht werden. Beispielsweise ist Erfurt für die vorübergehende Beherbergung der Straßburger Garnison ausersehen. Es ist dort mit einem Zuzug von annähernd 50 000 Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zu rechnen. Aus diesem Grund ist die Schließung sämtlicher Schulen der Stadt Erfurt bis zum 15. Januar d. J. verfügt worden.

Erfurt, 15. Nov. (Trübe Erfahrungen) muß der tätige Bahnhofswirt gemacht haben. Im Warteraum 3. und 4. Klasse hängt nämlich an der Ausgabe für Speisen und Getränke ein Plakat mit folgender Aufschrift: „Durch die enormen Verluste an Geschirr sehe ich mich gezwungen, für dasselbe Pfand zu erheben, und zwar: Bierglas 1 Mk., Schnaps 1 Mk., Löffel, Gabel, Messer je 1 Mk., Kaffeebecher 50 Pfg. Der Bahnhofswirt."

Vermischtes.

g. **Wieviel Haustiere gibt es auf der Erde?** Wenn man alle Haustiere der Erde zusammen zählte, gäbe es eine Herde von unglaublicher Größe. Allein an Schafen würden es über 500 Millionen werden, an Pferden 100 Millionen. Ziegen 100 Mill., Esel und Maulesel 15 Millionen, Ochsen 21 Millionen, Kühe 400 Millionen, Kamele 2 Millionen und Rentiere 300 000 Stück. In runder Zahl rechnet man, daß es auf der Erde 1500 Millionen Haustiere gibt, also etwa ebensoviele wie Menschen. Amerika hat die meisten Schweine, das europäische Rußland und Südamerika haben die meisten Pferde. Britisch-Indien hat die meisten Ziegen und das asiatische Rußland die meisten Kamele.

Landgewinnung an der schwedischen Küste. Im südlichen Schweden, in der Provinz Schonen, sind Pläne im Gange, um dem Meere einen großen Landbezirk abzugewinnen. Durch Dämme, die fünf Kilometer lang und 2½ Meter hoch werden soll ein Gebiet von fast 1500 Hektar abgegrenzt und trockengelegt werden, so daß hier beste Ackererde gewonnen wird. Auch ein Hafen ist vorgesehen, der Motorbootverkehr nach Malmö erhalten soll.

g. **Auch in Schweden wird gestohlen.** In schwedischen Zeitungen wird über ganz unheimliche Zunahme der Diebstähle an Eisenbahngut geklagt. Im Laufe dieses Jahres sind bisher nicht weniger als 13 000 Diebstähle auf der Eisenbahn angezeigt worden; das macht etwa 50 Diebstähle jeden Tag. Auch hier schiebt man die Schuld dem neu angenommenen Aushilfspersonale zu. Besonders beliebt sind natürlich Waren, die knapp oder rationiert sind, also Lebensmittel, Kleider und sonstige Mehrwaren.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußball in Halle.

Der für Sonntag vereinbarte Städtewettkampf kam nicht zustande, da die Magdeburger infolge der widrigen Verkehrsverhältnisse absagt hatten. Als Gegner für die Hallischen Auswahlspieler sprang in letzter Minute Favorit ein und konnte diesen Kampf in Ehren bestehen. Nur knapp und mit Mühe und Not konnten die Rep.-Leutnants mit 2 : 1 gewinnen. Die Städtemannschaft spielte ohne Fischer, der bei seinem Verein Favorit mitspielte. Sein Ersatzmann Böhme genügte in keiner Weise, so daß auch Goebelein nicht zur Geltung kam, der im übrigen auch nicht mehr der alte ist. Gut waren Deutz in der Mitte und der rechte Flügel Förderer-Riemann. Auch die Hintermannschaft entsprach den auf sie gesetzten Erwartungen, während die Verteidiger so manche „Kiste" bauten. Eine im Tor war zuverlässig. Bei Favorit war sein Bestes her, um seinen Verein würdig zu vertreten. Der Spielverlauf sah meistens Favorit in der Ueberzahl. Aber eine erfolgreiche Verteidigung hielt das Spiel bis Halbzeit 0 : 1. Nach der Pause kam Favorit zeitweise tüchtig auf und konnte auch durch Fischer ausgleichen. Erst als Blüher (Fav.) verletzt vom Spielfeld ging, wurde Favorit wieder zurückgedrängt und mußte kurz vor Schluß das Leder wohmals aus dem Netze holen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Unveränderte Eisenpreise. In der Gestaltung der Eisenpreise ist nach einer Meldung aus Düsseldorf die Verfügung getroffen worden, daß einstweilen die bisherigen Höchstpreise weiter gelten.

Eine der ältesten Bremer Maschinenfabriken, Kesselschmieden und Eisengießereien, die im Jahre 1848 gegründete Firma L. W. Bestenbostel und Sohn, ist in den Besitz der Diwiwerke m. b. H. übergegangen, welche in Bremen und Delmenhorst große Fabrikanlagen errichtet haben.

Zuckerraffinerie Braunschweig in Braunschweig. Der zum 14. nächsten Monats berufenen Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent für das Geschäftsjahr 1917/18, gegenüber einer für die drei vorangegangenen Geschäftsjahre erzielten Dividende von 10 Prozent für 1916/17. 15 Proz. für 1915/16. 15 Proz. für 1914/15, vorgeschlagen werden.

Kriegsgenossenschaft Glückauf-Sondershausen. Die Genossenschaft verteilt für den Monat Oktober 75 Mark je Kux regelmäßige Ausbeute.

Gewerkschaft Wintershall. Die Gewerkschaft verteilt eine Ausbeute von 200 Mark pro Kux.

Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz Riebeck & Co., Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von wieder 10 Prozent für die Stammaktien und wieder 6 Proz. für die Vorzugsaktien vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181118024/fragment/page=0002